

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1934**

119 (25.5.1934)



# Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,80 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig. D. N. 3600 IV.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 8. Geschäftsstelle: Adolf Hittlerstr. 53, Fernspr. 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10 101. Verantwortlich für den Gesamtkontext: A. Dups, Durlach.



Anzeigenberechnung: Die 6gespaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Reklamezeile 18 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Plakatschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezahler keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 119

Freitag, den 25. Mai 1934

105. Jahrgang

## Kurze Tagesübersicht

Bei der tschechoslowakischen Nationalversammlung in Prag wurde Professor Malaret zum dritten Mal zum Präsidenten der Republik gewählt.

Nach den neuesten Ergebnissen hat die Beschäftigtenzahl im April um rund 640 000 zugenommen; die Arbeitslosenquote ist vom Jahresbeginn bis Ende April um 1 450 000 gesunken.

In Wien ist Erzherzog von Habsburg eingetroffen, um den Weg zu bereiten zur Rückkehr der Habsburger.

In Toledo im Staate Ohio haben streikende Arbeiter 1800 Arbeitswillige in einer Fabrik eingeschlossen, die nur durch Einlieferung von Militär wieder befreit werden konnten. Es gab zahlreiche Verletzte.

In der chinesischen Provinz Kwantung ereignete sich eine riesige Berggrubkatastrophe, die bis jetzt 250 Tote gefordert hat.

In Kiew ist eine große Korruptionsaffäre aufgedeckt worden, in die zahlreiche Staatsanwälte, Wirtschaftler und OGPU-Leute verwickelt sind. Bisher sollen 120 Personen verhaftet worden sein.

Der französische Außenminister hat am Donnerstagabend das angekündigte Blaue über die Verhandlungen in der Abrüstungsfrage veröffentlicht.

Der Hilfsheizer Reimelt aus Straßburg, der vor etwa acht Tagen in Rehl verhaftet worden war, wurde wegen Beschimpfung des Reichstanzlers und der Reichsregierung zu vier Wochen Gefängnis verurteilt.

## Lohnzuschüsse aus öffentlichen Mitteln

Berlin, 24. April. In einem Rundschreiben an die Regierungen der Länder wendet sich der Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen und dem Reichswirtschaftsminister gegen die Versuche förmlicher oder realer Stellen, Neueinstellungen von Arbeitslosen in der Privatwirtschaft durch Gewährung von Lohnbeihilfen aus öffentlichen Mitteln zu fördern. Durch ein solches Verfahren würden keine nennenswerten Abnahmefähigkeiten und somit — gesamtwirtschaftlich gesehen — auch keine zusätzliche Arbeitsbeschäftigung geschaffen, vielmehr trete nur eine ungewisse Verschiebung der Wettbewerbsgrundlagen zugunsten der mit Zuschüssen bedachten Betriebe ein. Den durch die Lohnbeihilfen ermöglichten Neueinstellungen ständen also Entlassungen in anderen Betrieben in denen keine Lohnbeihilfen gezahlt würden, gegenüber. Auch sei es zweifelhaft, ob das Verfahren wirklich eine Entlastung der beteiligten Fürsorgeträger mit sich bringe, da im Einzelfalle nicht einwandfrei entschieden werden könne, ob die Entlassungen nicht auch ohne die Gewährung von Lohnbeihilfen erspart wären. Aus diesen Gründen ersucht der Reichsarbeitsminister die Regierungen der Länder, Versuchen mit Lohnbeihilfen aus öffentlichen Mitteln in jedem Fall entgegenzutreten.

## Die Fahne der Deutschen Arbeitsfront

Berlin, 24. Mai. Das Propaganda- und Presseamt der DAF gibt folgende Anordnung bekannt: In Ergänzung der früheren Anordnung über die Fahne der DAF in Absatz 14 der Dienstvorschrift der DAF wird hiermit bestimmt:

Berechtigt, die Fahne der DAF mit Spitze und Metallstich zu führen, sind bis auf weiteres die Ortsgruppen der DAF und die Betriebe über 200 Mann. Das schwarze Zahnrad im weißen Feld darf nicht durchbrochen sein. Genau wie beim Abzeichen der DAF, muß auch das Zahnrad in den Fahnen 14 Zähne haben. Die Originalfahnen können von der Reichszeugmeisterei bezogen werden. Es ist dafür Sorge zu tragen, daß bis zum 16. Juni, dem Beginn der ständigen Propagandaaktion der DAF, wenigstens die Ortsgruppen unter den Fahnen der DAF marschieren.

## Luft-Hansa-Zeppelin-Dienst nach Südamerika

DNA, Berlin, 24. Mai. Am Samstag startet das Luftschiff „Graf Zeppelin“ mit der Deutschen Luft-Hansa von Friedrichshafen nach Südamerika. Die planmäßige Zeit von Deutschland nach Südamerika wird wieder um einen Tag abgekürzt. Nächster Postschluß für Luftpostsendungen nach Südamerika ist der nächste Samstag, 26. Mai, Postschluß beim Postamt Berlin C 2 um 11,30 Uhr, beim Postamt Stuttgart 9 um 13,30 Uhr und beim Postamt Friedrichshafen um 18 Uhr. Das Luftschiff wird bereits am Dienstag nachmittags in Pernambuco (Brasilien) eintreffen.

## Frauenfeld über seine Flucht

Der Gauleiter der österreichischen Nationalsozialisten vor der Münchner Presse

München, 24. Mai. Gauleiter Frauenfeld-Wien, der mit seinem Stellvertreter Neumann am Dienstag in München eintraf, gab am Donnerstag Vertretern der Münchener Presse eine Unterredung über seine Tätigkeit in Wien sowie insbesondere über seine „Flucht“ in Gemeinschaft mit seinem Stellvertreter nach Deutschland.

Grundsätzlich, so führte Frauenfeld aus, müsse er sagen, daß das in der Presse gebrauchte Wort „Flucht“ in keiner Weise zutrifft. Er habe sich auf freien Fuß befunden, sei zu keiner Strafe verurteilt, sondern lediglich in Wien festgehalten gewesen, habe die Stadt nicht verlassen dürfen und ein Verbot jeglicher Parteitätigkeit gehabt. Am 4. Dezember sei er wegen eines Flugblattes, als dessen Verfasser man ihn bezeichnet habe, unter dem Verdacht des Hochverrats polizeilich eingeliefert worden. Das Verfahren sei aber eingestellt worden, weil man ihm keine Schuld habe nachweisen können. Später habe er den Besuch des Herrn Alberti gehabt, wobei die Kriminalpolizei erschienen sei, ihn in Gewahrsam gebracht, und später in das Anhaltelager Wöllersdorf eingeliefert habe. Vom 10. Januar an sei er in Wöllersdorf gewesen. Dort sei er wie alle Anassen seiner Barade an der Ruhr erkrankt. Als Leichter sei er nach zwei Monaten aus dem Spital entlassen worden. Vor die Polizei gebracht, habe er den Befehl erhalten, sein Telefon und sein Auto zu benutzen, sowie jedes Verlassen seiner Wohnung der Polizei mitzuteilen, also eine nach der österreichischen Verfassung völlig ungesetzliche Behandlung. Das sei aber gerade der gewöhnliche Zustand in Oesterreich, daß man nicht wisse, was geschehlich und was ungeschehlich sei. Er habe nicht die geringste Bewegungsfreiheit gehabt und habe sich deshalb und aus verschiedenen anderen Gründen entschlossen, Oesterreich zu verlassen. Nochmals betone er, daß er nicht geflohen sei; er habe garnicht fliehen können, da er ja nicht verhaftet gewesen sei, und er habe nur vergessen, sich bei der Polizei abzumelden. Wir beide, Neumann und ich, sind ziemlich offen durch Oesterreich gereist, an vielen Orten von der Bevölkerung erkannt und gerade deshalb nicht selten untertütigt worden. Wenn die Regierungsleute in Oesterreich reisen, dann müssen 300 Beamte zu ihrem Schutz aufgebieten werden, während wir höchstens einen Schutz vor der Begleitschutz unserer Anhänger brauchen.

Auf Fragen der Pressevertreter antwortete Frauenfeld: „Nach Wöllersdorf wurde zwar die auswärtige Presse zur Befichtigung eingeladen, aber es wurden ihr dort potentiellste Dörfer gezeigt. Nach anfänglich geradezu fürchterlichen Zuständen wurden einige Befestigungen im Lager getroffen, aber nicht etwa den Nationalsozialisten zuliebe, sondern wegen der dort internierten Sozialdemokraten. Unseren Parteigenossen scheint das nicht zu gelten, denn vor unserer Abreise brach neuerdings im Lager ein Hungerstreik aus. Es soll auch zur Brandlegung einer Barade gekommen sein. Verschiedene Leute mußten ins Spital eingeliefert werden.“

Ich hoffe, in nicht allzu ferner Zeit nach Oesterreich zurückzukommen; denn schließlich sind doch wir Nationalsozialisten mit unseren 70-80, ja in manchen Gegenden sogar bis zu 90 vom Hundert Anhänger allein berechtigt, die Regierung in die Hand zu nehmen.“

## Schweizerische Ablehnung einer Aufnahme Rußlands in den Völkerbund

Genf, 24. Mai. Angesichts der Wahrscheinlichkeit, daß die Anwesenheit des russischen Außenministers Litwinow in Genf in der kommenden Woche zu internationalen Verhandlungen über den Eintritt Rußlands in den Völkerbund und über den russischen Plan eines auf Europa beschränkten gegenseitigen Hilfeleistungswerkes führen wird, beschäftigt sich die schweizerische Presse wieder ausführlich und zum Teil leidenschaftlich mit diesen Fragen und ihre möglichen Rückwirkungen auf die Schweiz.

Das „Journal de Geneve“ läßt sich aus Bern melden, daß man dort wieder von einem diplomatischen Druck auf die Schweiz rede mit dem Ziel, den Widerstand der schweizerischen Regierung gegen den Eintritt Rußlands in den Völkerbund zu überwinden. Gleichzeitig wünsche man — als Voraussetzung für den Eintritt Rußlands — die formale Anerkennung Sowjetrußlands durch die Schweiz. Das Blatt hofft, daß die Bundesregierung im Einklang mit der öffentlichen Meinung der Schweiz fest bleiben werde und lieber selbst den Völkerbund verläßt, als einem dergleichen Druck weicht. Die Errichtung einer russischen Gesandtschaft in Bern wäre gleichbedeutend mit dem Beginn einer groß angelegten sowjetrussischen Propaganda in der Schweiz.

Selbst die sonst immer franzosenfreundliche „Gazette de Lausanne“ gibt den Franzosen zu bedenken, daß ein Bündnis Frankreichs mit Sowjetrußland die Engländer veranlassen könne, sich Deutschlands wieder stärker zu nähern, was an sich dem Bündnis MacDonalds entspreche. Auch die mühsam verbesserten Beziehungen zwischen Paris und Rom würden dadurch von neuem in Frage gestellt werden.

Auf die Frage, ob aus Anlaß der „Flucht“ wieder Verhaftungen vorgenommen worden seien, antwortete Frauenfeld, daß er darüber noch nichts Näheres wisse. Falls aber sein Bruder Eduard verhaftet worden sein sollte, so wäre das ein ganz ungeheures Vorgehen. Sein Bruder habe aus dem Feld ein Lungenleiden mitgebracht und sei für ständig halbtunfähig erklärt. Sollte er nun doch verhaftet worden sein, dann wäre dies eine der brutalsten Maßnahmen, die die österreichische Regierung je getroffen habe. „Der Vorwurf“, dies erklärte Frauenfeld mit Nachdruck, „daß ich durch die Flucht mein Wort gebrochen habe, nachdem ich einen bezüglichen Keuers unterschrieben hätte, trifft in keiner Weise zu. Ich habe nur eine der üblichen Erklärungen unterschrieben, wie man sie einem jeden von uns vorgelegt hat“. Die Sozialdemokratie, so erklärte Frauenfeld weiter, werde jetzt wieder ganz anders von der Regierung behandelt. Es werde ihr Alles wieder zurückgegeben, was man beschlagnahmt habe, mit Ausnahme der Waffen. Alle sportlichen Einrichtungen, sogar ihre Hütten im Gebirge, habe die Partei wieder erhalten. Man sage, es sei dies aus gewissen persönlichen Gründen geschehen, aus Rücksicht auf den Bundespräsidenten Miklas, der selbst der Sozialdemokratie freundlich gegenübergestanden habe wegen ihrer Haltung bei seiner Präsidentschaftswahl.

Ueber das tägliche Leben im Lager Wöllersdorf befragt, erwiderte Frauenfeld: „Für den, der kein Nationalsozialist ist, muß es ein unerträgliches Leben der Qual sein. Uns wurde es erträglich durch unsere unzertrennliche Kameradschaft, die uns zusammenhalten ließ bis zum Ausbruch. Die Zustände selbst sind dort geradezu schrecklich. Anfänglich haben die Häftlinge beim Betreten der Baracken nur wüste Schutthaufen vorgefunden. Es mußte alles selbst beschafft werden, damit man sich überhaupt aufhalten konnte. Später hat dann jeder von uns selbst seinen Platz ausgestattet, so etwa, wie man es im Felde im Unterstand getan hat. Wir haben uns selbst eine Dienst-einteilung gemacht, um wenigstens die allerdringlichste Keinlichkeit in den Baracken zu schaffen. Besuche der Angehörigen wöchentlich auch nur einmal zu empfangen, wurde uns verboten. Ebenso wurde auch die Erlaubnis zur Empfangnahme von Lebensmittelpaketen aufgehoben, und wir waren lediglich auf das uns gelieferte Essen angewiesen, das oft in ungenießbarem Zustande verabreicht wurde. Beispielsweise wurden einmal im Fleisch Maden vorgefunden und diese Tatsache sowie ähnliche Vorfälle gaben dann nicht selten Anlaß zu Hungerstreiks, von denen einmal einer drei Wochen dauerte. Als die Ruhrerkrankungen eintraten, wurden sie zuerst einfach damit erledigt, daß die Erkrankten einzeln nacheinander ins Spital eingeliefert wurden. Als dann die Massenerkrankungen folgten, war es freilich mit dieser Methode aus. Ein Amtsarzt, der nach einer Pause von drei Wochen wieder einmal ins Lager kam, wies 30 Erkrankte ins Spital über, von denen aber wieder eine Anzahl keine Aufnahme finden konnte und deshalb zurückkam. Man hat ja Leute wegen ihres Austritts aus der katholischen Kirche in die psychiatrischen Kliniken eingeliefert. Die österreichischen Zeitungen haben das vor wenigen Tagen zwar bestritten, es ist aber buchstäblich wahr. Erst dann, als die Massenaustritte aus der Kirche erfolgten, konnte man selbstverständlich nicht mehr zu diesem Täuschungsmittel greifen.“

Das „Berliner Tageblatt“ überschreibt seinen Leitartikel „Die Schweiz vor folgenschweren Entscheidungen“. Das Blatt wendet sich ebenfalls mit großer Schärfe gegen den Eintritt Sowjetrußlands in den Völkerbund und gegen die Anerkennung durch die Schweiz. Es befürchtet, daß man im Bundeshaus in dieser Frage noch nicht fest genug bleiben werde. Deshalb erinnert es an die Gefahren, die für die Schweiz erwachsen würden, wenn erst einmal eine sowjetrussische Vertretung in Bern vorhanden sei. Die Sowjetgesandtschaft mit ihrer GPM-Abteilung könnte in der Schweiz nach Belieben wühlen und ihre Tätigkeit von hier aus nach anderen Ländern ausdehnen.

## Die Tagung des internationalen Verbandes der Völkerbundsvereinigungen abgeschlossen

DNA, London, 24. Mai. Am Donnerstag fand in Folkestone die Schlußtagung des internationalen Verbandes der Völkerbundsvereinigungen statt. Lord Cecil forderte die Anwesenden auf, die vom Kongreß angenommene Entschlieung in ihren eigenen Ländern zur Annahme bringen zu lassen. In England solle versucht werden, eine von möglichst vielen englischen Staatsangehörigen unterzeichnete Erklärung zu den Fragen des Friedens und der Abrüstung zustande zu bringen. Der Führer der deutschen Gruppe, Dr. Schnee, wies die Behauptungen des belgischen Vertreters zurück, der gesagt hatte, daß Deutschland durch seinen Austritt aus dem Völkerbund eine wirkliche Abrüstung verhindere. Dr. Schnee verwies darauf, daß Deutschland den Völkerbund verlassen habe, da man ihm die Gleichberechtigung in der Praxis verweigert habe. Es sei daher völlig unrichtig, daß der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund die Durchführung der Abrüstung verhindere.



### Tagesordnung der nächsten Genfer Ratstagung

Genf, 24. Mai. Die Tagesordnung der am 30. Mai beginnenden 80. (außerordentlichen) Tagung des Völkerbundsrates enthält vorläufig folgende drei Punkte:

1. Der Streit zwischen Bolivien und Paraguay.
2. Vorbereitende Maßnahmen im Hinblick auf die Volksabstimmung im Saargebiet.
3. Zwischenfälle an der ungarisch-jüdislawische Grenze.

Bei dem letztgenannten Punkt handelt es sich um die am 12. Mai, also kurz vor Beginn der letzten Ratstagung eingereichte ungarische Note, deren Behandlung aus formalen Gründen zurückgestellt worden war.

### Italienische Erklärung

#### zur Abrüstungsfrage

Brüssel, 24. Mai. Ueber die Außenpolitik Mussolinis sprach der Direktor der „Tribuna“, Senator Dapanzatti, vor einem Kreis ausländischer Diplomaten und belgischer Politiker, darunter dem belgischen Außenminister Hymans. Was die Abrüstungsfrage angeht, so sei es eine Tatsache, daß die Siegerstaaten weder zu Lande noch zu Wasser noch in der Luft abgerüstet hätten. Darum habe Mussolini erklärt, daß man Deutschland eine gewisse Aufrüstung zugehen müsse. Wenn jetzt ein Abkommen auf dieser Grundlage nicht zustande komme, so werde sich Deutschland als von jeglicher Verpflichtung entbunden ansehen und werde sich der Fesseln für seine Rüstungsverstärkung entledigen. Die Sicherheitsgarantien, die Frankreich fordere, könnten nur dann gewährt werden, wenn ein internationales Rüstungsabkommen zustande komme. Im anderen Falle müßten England und Italien sich die Frage vorlegen, ob sie die Sicherheitsgarantien, die sie im Locarnovertrag übernommen hätten, noch weiter gewähren könnten.

Diese letztere Bemerkung dürfte ihren Eindruck auf die belgischen Zuhörer nicht verfehlt haben, denn es ist bekannt, daß die belgische Außenpolitik in den Locarnoverträgen einen Grundpfeiler der Sicherheit Belgiens erblickt.

### Dokumententberöffentlichungen in Genf

Genf, 24. Mai. Zur Vorbereitung der Sitzung des Büros der Abrüstungskonferenz läßt der Präsident der Konferenz einen Nachtrag zu seiner am 9. April veröffentlichten Zusammenfassung der bis dahin gewechselten Noten und Denkschriften über die Abrüstungskonferenz erscheinen. Die Denkschrift der Neutralen vom 14. April, das deutsche Exposé vom 16. April, das Schreiben Simons an den französischen Botschafter vom 10. April und das französische Memorandum vom 17. April werden ohne eigene Stellungnahme Hendersons analysiert.

### Milliarden-Kredite für die französischen Rüstungen

Paris, 24. Mai. Der Finanzausschuß der Kammer hatte den Wunsch geäußert, die Ansichten der Ausschüsse, die für die Landesverteidigung zuständig sind, kennenzulernen, um die nötigen Unterlagen für seine Stellungnahme zu den neuen Krediten für bestimmte, die Landesverteidigung betreffende Arbeiten zu erhalten. Der Heeresauschuß ist daher am Donnerstag zusammengetreten, um sich mit dieser Angelegenheit zu befassen. Der Vorsitzende des Ausschusses, Oberst Fabron, erstattete Bericht über seine Reise in das Grenzgebiet, wo eine Verteidigungslinie geschaffen werden sollte, um die bereits abgeschlossenen Arbeiten zu ergänzen und um vor allem die Lücke bei Montmedy zu schließen und die französisch-saarländische Grenze in Verteidigungszustand zu setzen. Der Ausschuß nahm noch von den Plänen für die Errichtung von Kasematten und für die großen Arbeiten zwischen Longunon und Margut an den Anhang an das Waldgebiet der Ardennen und erner längs der saarländischen Grenze Kenntnis. Die Kredite, über die der Ausschuß sich zu äußern hatte, betragen 1 Milliarde 175 Millionen Francs. 800 Millionen davon stellen eine Verleihzeitung bereits bewilligter Kredite dar. Der Rest ist vorgezogen für Arbeiten, die ert vergeben und in Angriff genommen werden können, wenn das Gesetz vom Parlament verabschiedet worden ist. Der Heeresauschuß hat sich einstimmig für die Vorschläge der Regierung ausgesprochen. Es ist anzunehmen, daß der Marineauschuß und der Luftfahrtauschuß für die ihr Gebiet betreffenden Kredite ähnlich Stellung nehmen werden.

## Gladys kämpft um die goldene Schleife

Roman von Hedda Lindner.

Copyright by Carl Duncker Verlag, Berlin W 62 (Nachdruck verboten)

„Biest“, dachte Lillian, als sie mit herzlichem Lächeln der Freundin nachwinkte, die vorsichtig durch das Gewühl der Ansbacher Straße hintuntersteuerte. Dann ging sie ans Telefon.

In den Seitenstraßen des Kurfürstendamms bis hinunter zum Bayerischen Viertel gibt es überall sehr nette kleine Dreijimmerwohnungen mit Warmwasser, Bad und allem Komfort. Eine solche Wohnung hatte auch Frau Dr. Schulze seit einer Reihe von Jahren inne. Sie hat dort in glücklicher Ehe eine schöne, sorglose Zeit erlebt, aber dann starb eines Tages der Mann unerwartet, noch viel zu jung, und die Frau stand mittellos da. Als einziges Kapital besaß sie die mit Liebe und Geschick eingewandene Wohnung. Nun hieß es, den Kampf um die Existenz aufnehmen, aber Berlin bietet wenig Aussichten für eine Frau nahe an die vierzig, die nichts Besonderes gelernt hat.

Und so blieb nichts anders, als in das kleinste Zimmer ihrer Wohnung zu ziehen und die andern zu vermieten.

Mit ihrem letzten Mieter hatte sie besonders Glück gehabt. Ein sehr ruhiger Herr und immer nur vorübergehend in Berlin. Dafür hatte er die Wohnung seit ungefähr dreieinhalb Jahren festgemietet und bezahlte sehr pünktlich.

Lillian hatte Thüngen in dem Hotel, in dem er bei „offizieller“ Anwesenheit in Berlin wohnte, angerufen und ihre knappe Andeutung veranlaßte ihn, sich schleunigst in ihre gemeinsame Wohnung zu begeben. Während sie erzählte, ging er mit unruhigen Schritten im Zimmer auf und ab, dann blieb er vor ihr stehen: „Deinem Manne gegenüber ist mir die Sache natürlich scheußlich. Aber

## Zwölf gemeinverständliche Grundregeln zum Erbhofrecht

RSK. Nachstehend sind die Hauptfragen zum Erbhofrecht in zwölf allgemeinverständlichen Grundregeln zusammengestellt.

1. Das neue Erbhofrecht gilt lediglich für die Besitzer von Erbhöfen! Für alle anderen Personen gilt nach wie vor das allgemeine Recht, an dem sich — von einigen Ausnahmen abgesehen — nichts geändert hat.

2. Auch der Erbhofbauer kann einzelne Grundstücke seines Erbhofes (z. B. Baupläze oder sehr abgelegene Grundstücke) veräußern oder den Erbhof als Ganzes an einen seiner Söhne übergeben, jedoch nur dann, wenn das Anerbengericht einverstanden ist.

3. Abtretung einzelner Grundstücke zwecks Mitgabe an andere Kinder oder Verkauf von Grundstücken zwecks Schuldzahlung haben nur in ganz besonderen Ausnahmefällen Aussicht auf Genehmigung durch das Anerbengericht, da der Hof nicht verkleinert werden soll.

4. Die Uebergabe des Erbhofes hat nur dann Aussicht auf Genehmigung durch das Anerbengericht, wenn die Hinauszahlungen, die der Uebernehmer nach dem Vertrage leisten soll, und der Auszug der Uebergeber nicht zu hoch, d. h. für die Kräfte des Hofes gut tragbar sind.

5. Testamente und Erbverträge, die von Erbhofbauern vor dem 1. Oktober 1933 errichtet wurden, sind rechtswirksam soweit sie mit dem Erbhofrecht nicht vereinbar sind. In allen Zweifelsfällen erkundige man sich vorzuzuglich bei dem zuständigen Notariat.

6. Bauersleute können sich unter gewissen Voraussetzungen gegenseitig zu Anerben ihres Erbhofes einsehen. Auch kann der Bauer (die Bäuerin) durch Testament oder Erbvertrag bestimmen, daß nach seinem Tode dem überlebenden Ehegatten, also dem anderen Ehepartner, die Verwaltung und Nutzung des Erbhofes bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres des Hoferbten zusteht.

7. Der Bauer (die Bäuerin) kann durch Testament oder Erbvertrag bestimmen, welcher der Söhne nach dem Ableben des Bauern (der Bäuerin) den Hof erhalten soll. Dabei kann er jedoch dem Hoferbten weder Belastungen noch sonstige Hinauszahlungen auferlegen (anders beim Uebergabevertrag!). Was in einem solchen Falle die Geschwister des Hoferbten erhalten, bestimmt sich nach Gesetz.

8. Falls der Bauer weder ein Testament (Erbvertrag) errichtet, noch den Hof bei Lebzeiten übergibt, fällt der Hof in Erbgang, wo nicht schon bisher Vorkaufrecht der Braut war, nach dem Tode des Bauern kraft Erbhofrechts dem jüngsten Sohne zu.

9. Der Bauer (die Bäuerin) kann den Hof durch Testament oder durch Uebergabe bei Lebzeiten auch einer Tochter zuwenden, wenn er keine Söhne hat.

10. Ueber ihr anderweitiges Vermögen (Guthaben bei einer Kasse, Bargeld, Wertpapiere, Forderungen u. a.) können die Bauersleute frei verfügen wie bisher, inwieweit also auch unbeschränkt Eheverträge (allgemeine Gütergemeinschaft usw.), Testamente oder Erbverträge errichten.

11. Der in den Erbhof einheiratende Ehegatte bedarf keines besonderen Schutzes durch Eheverträge und dergleichen, da eine Zwangsversteigerung des Hofes gesetzlich ausgeschlossen ist, und der Hof über den überlebenden Ehegatten lebenslanglich zu jorgen hat, falls dieser gewisse gesetzliche Voraussetzungen erfüllt.

12. Grundstücke, die der Bauer (die Bäuerin) in eigenem Namen neu huzuerwirbt (kauft, erbt, eintauscht), werden kraft Gesetzes Bestandteil des Erbhofes. Dagegen gehören Grundstücke die einzelnen Kindern bereits vor dem 1. Oktober 1933 grundbuchamtlich zugegraben waren, nicht zum Erbhof der Eltern. Die Rechtsverhältnisse der Kinder bezüglich ihres eigenen Vermögens bestimmen sich, falls die Kinder nicht selbst Besitzer von Erbhöfen sind, nach dem allgemeinen Recht.

Dr. S. Sommer.

andererseits empfinde ich es als Erlösung, wenn nun endlich klare Verhältnisse geschaffen werden.“

„Klare Verhältnisse? Was verstehst du darunter?“

„Scheidung! Und dann — unsere Heirat.“

Lillian lachte kurz auf. „Das wäre allerdings eine ideale Lösung, ich danke schön.“ Aber als sie seinen besorgenen Blick sah, lenkte sie ein. „Töricht, sich so gehen zu lassen, bei dem Plan, den sie gefaßt hatte, braucht sie keinen Glauben an sie und vor allem keinen guten Willen.“

Sie ging zu ihm hin und legte mit einer innigen Bewegung den Kopf an seine Schulter, so daß er ihren Gesichtsausdruck nicht sehen konnte. „Schau, Stephan, wenn ich damals deine Frau hätte werden können, es wäre herrlich gewesen, aber jetzt? Jetzt wäre ich nicht mehr die Gräfin Ellingen, sondern die dabongefagte Frau des Herrn Bredecke. Wie, glaubst du, würde euer Kreis dort mit seinen altmodischen Ansichten mich nach dem Skandal aufnehmen? Er machte eine abwehrende Bewegung. „Ja, gewiß, ich weiß wohl, ins Gesicht hinein würde man mir nichts sagen, wenn ich deine Frau bin, aber ich würde immer hinter meinem Rücken das Gezißel und Getuschel fühlen, immer wissen, daß man mich als Außenstehender betrachtet, mich nur deinetwegen duldet. Kannst du einer Frau das zumuten?“

Er schwieg eine Weile, sie fühlte seinen gepreßten Atem. „Du hast Recht“, sagte er heiser, das darf ich dir nicht zumuten, aber was dann?“ Sie drückte ihr Gesicht noch fester an seine Schulter, halb mechanisch hob er die Hand und streichelte den blonden Kopf. Lillian schien angestrengt nachzudenken.

„Man müßte eine Erklärung finden, die Bredeckes Argwohn zerstreut, denn auch für ihn wäre es sehr hart, daß gerade du . . . den er so gern hat . . .“

„Das weiß Gott“, seine Stimme war immer noch rau, „wenn er mich haßte, es wäre leichter für mich. Ach Goldlilie, ich bezahle deinen Besitz sehr teuer.“

Die Frau hob das Gesicht und lächelte ihn aus zärtlichen Augen an: „Zu teuer, Stepps, sag?“

Er war bezwungen und küßte sie heftig. „Nein, mein Einziges, du, aber schön ist es nicht, was du aus mir

## Der Arbeitsmarkt

### Zunahme der Beschäftigten im April um 640 000

Berlin, 24. Mai. Nach den neuesten Ergebnissen der von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bearbeiteten Krankentafelmitgliederstatistik hat die Beschäftigtenzahl im April um rund 640 000 zugenommen. Damit ist ein Beschäftigtenstand von 15 Millionen 326 000 erreicht, der um 2 628 000 über der Vorjahresziffer vom gleichen Stichtag und um 3 839 000 über dem Tiefstand der Beschäftigung im Januar 1933 liegt.

Deutlicher noch als in der Entwicklung der Arbeitslosenzahl kommt der große Erfolg der Arbeitsbeschaffung in den Beschäftigtenziffern zum Ausdruck. Die Arbeitslosenzahl ist vom Jahresbeginn bis Ende April um 1 450 000 gesunken, die Beschäftigtenziffer dagegen um 2 039 000 gestiegen. In keinem Jahre auch nicht in dem konjunkturgünstigen Jahre 1929, ist die Beschäftigtenziffer in den ersten vier Monaten des Jahres in einem derartigen Umfange gestiegen wie im Jahre 1934.

Die Zunahme der Beschäftigtenziffer war besonders groß im März (plus 720 000) und im April (plus 639 000), in dem die Arbeitslosenzahl um 574 000 und 190 000 gefallen ist. Insgesamt ist die Beschäftigtenziffer in diesen beiden Monaten um 595 000 mehr gestiegen als die Arbeitslosenziffer zurückgegangen ist.

### Aufnahme ehemaliger Freimaurer

#### in die Deutsche Arbeitsfront

Berlin, 24. Mai. Das Organisationsamt der Deutschen Arbeitsfront gibt folgende Anordnung vom 24. Mai 1934 über die Aufnahme ehemaliger Freimaurer in die Deutsche Arbeitsfront bekannt:

Ehemalige Angehörige von Freimaurerlogen können als Mitglieder in die Deutsche Arbeitsfront aufgenommen werden, wenn sie schriftlich die eidesstattliche Versicherung abgeben, daß sie irgend welchen Nachfolgeorganisationen der früheren Logen nicht angehören. Die Aufnahme von Führerstellen in der Deutschen Arbeitsfront durch ehemalige Freimaurer ist unzulässig. Die vorstehende Anordnung gilt auch für alle bisher schon in die Deutsche Arbeitsfront aufgenommenen Mitglieder.

Deutsche Arbeitsfront — Organisationsamt,  
ges. Dr. Max Frauendorfer.

### Göring in Budapest

Budapest, 24. Mai. Ministerpräsident Göring ist, von Athen kommend, auf dem Flugplatz Matyasböl in Budapest gelandet. Zu seinem Empfang hatten sich der ungarische Handelsminister von Jabonyi als Vertreter des ungarischen Ministerpräsidenten der Staatssekretär im Ministerpräsidium, von Barczay, und eine Reihe Offiziere der ungarischen Fliegertruppe eingefunden.

## Saarlouis zeigt einer französischen Reisegesellschaft deutsche Gefinnung

Saarlouis, 24. Mai. Die Bevölkerung der Stadt Saarlouis hat einer Reisegesellschaft französischer Ausflügler in Stärke von etwa 40 Personen, die zum größten Teil aus Studenten bestand, einen Empfang bereitet, der ihr zweifellos noch länger in den Ohren klingen wird. Mit zwei Autobussen der französischen Grundverwaltung kamen die Herrschaften auf dem Marktplatz an, wo ihnen der Reiseführer in französischer Sprache kurz die Geschichte der Stadt Saarlouis erläuterte. Seine „Rede“ gipfelte in der Feststellung: „Saarlouis war, ist und bleibt französisch“. Der ungewohnte Besuch hatte eine große Zahl von Saarlouisern angelockt. Ein zufällig anwesender Student übersehte die Worte des Franzosen, worauf die Bevölkerung die Reisegesellschaft über ihre deutsche Gefinnung keinen Augenblick im Zweifel ließ. Die Franzosen begaben sich darauf in ein Restaurant zum Mittagessen. Hunderte von Menschen hatten sich rasch vor dem Haupteingang versammelt. Eine Musikkapelle holte ihre Instrumente herbei und veranstaltete ein vaterländisches Konzert. Als sie das Deutschlandlied, das Horst-Wessel-Lied und das Saarlouislied, stimmte die Menge spontan in den Gesang der Hymnen ein. Inzwischen waren an sämtlichen Fenstern der umliegenden Häuser die Hakenkreuzfahnen und die schwarz-weiß-roten Fahnen in großer Zahl herausgehängt worden. Ein riesiges Schriftband trug die Aufschrift: „Die Saar bleibt deutsch“. Diese unvorbereitete nationale Kundgebung der treudeutschen Saarlouiser muß den Franzosen gehörig den Appetit verderben haben. Denn sie verschwandem so rasch wie möglich in ihren Kraftwagen in Richtung Frauenlauren und bezogen schließlich Quartier auf der Grube Duhamel.

macht. Doch nun sage, was geschehen soll, wie ich dich tenne, hast du schon längst einen Vorschlag bereit.“

„Stimmt. Den einzigen Vorschlag, dessen Ausführung uns retten kann und der außerdem unsere künftigen Beziehungen sehr erleichtern wird — du mußt heiraten!“

Er prallte sich zurück. „Heiraten? . . . ich . . . du bist verrückt, vergeh mich, aber das ist doch . . .“

„Sehr vernünftig. Bitte, höre mich ruhig an. Wenn du heiratest, wird jedes Gemeinell sofort verschwinden, denn man munkelt schon trotz aller Vorsicht. Wolly, die Gans, machte heute auch so eine Bemerkung. Ferner — ich kann dich allein auf dem Fernhof besuchen, was doch jetzt leider unmöglich ist. Wir können also viel ungestörter und gefahrloser zusammen sein als bisher.“

„Und das wird sich eine Frau, die dann meine Frau ist, ruhig gefallen lassen? Und ich . . . ich soll — Lillian, du weißt wie ich dich liebe, daß ich mit einer andern Frau . . .“

„Sollst du auch gar nicht, im Gegenteil, du kennst doch meine Eiferucht!“

Er fuhr sich nervös durch das Haar. „Also — mein Begriffsvermögen reicht leider nicht so weit, du mußt mir schon erklären, was hinter diesen rätselhaften Andeutungen steckt.“

„Die Lösung ist sehr einfach. Du heiratest eine Frau, die sich daran genügen läßt, Freisfrau von Thüngen zu heißen, ohne Ansprüche an den Mann zu stellen.“

„Das gibt es nicht“, behauptete er entschieden. „Im vorigen Jahrhundert vielleicht, aber heute stehen Adelsnamen nicht mehr so hoch im Kurs, daß eine Frau nur des Namen wegen —“

„Doch“, sagte Lillian ernsthaft, „das gibt es heute noch.“

Er hob zweifelnd die Schultern. „Vielleicht — um einer unsauberen Persönlichkeit ein sauberes Gewand umzulegen, aber dazu . . .“

„Ich würde selbstverständlich niemals wagen, dir etwas derartiges vorzuschlagen“, fiel Lillian hastig ein, „es kommt natürlich nur eine in jeder Beziehung tadellose Frau in Betracht.“

(Fortsetzung folgt.)